



GRÜNE

# bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch



Stimmenanteil um 3.6 Prozent ausgebaut

## Grüner Wahlerfolg

Die Grünen Kanton Bern konnten das hervorragende Resultat der Grossratswahlen von 2006 festigen. Es ist gelungen, in allen Amtsbezirken den Stimmenanteil zu steigern und ein zusätzliches Mandat zu erringen. Franziska Teuscher erreichte den ausgezeichneten dritten Platz bei den Ständeratswahlen.

Die Grünen Kanton Bern sind Gewinnerinnen der Wahlen vom 21. Oktober. Mit einem Stimmenanteil von 12.9 % haben wir drei Mandate erreicht und konnten den Wahlerfolg der Grossratswahlen von 2006 wiederholen. Mit einem ausgezeichneten Resultat wurden die beiden bisherigen Franziska Teuscher und Therese Frösch wiedergewählt. Neu gewählt wurde Alec von Graffenried. Er ist der erste Vertreter der GFL Stadt Bern im Nationalrat. Nur wenige hundert Stimmen zurück liegen die beiden Spitzenkandidatinnen Kathy Hänni und Christine Häsler. Wir gratulieren allen drei Gewählten zu ihrem Erfolg!

Nicht ganz gereicht hat es Franziska Teuscher für einen Sitz im Ständerat. Sie belegt den hervorragenden dritten Rang. Es ist ihr gelungen, den Stimmenanteil gegenüber 2003 um 2'506 Stimmen zu steigern und die ehemalige FDP Regierungsrätin Dora Andres hinter sich zu lassen. Franziska Teuscher hat einen sehr guten Wahlkampf geführt und als Lohn ein ausgezeichnetes Resultat erzielt, auf das die Grünen Kanton Bern zu Recht stolz sind. Vielen Dank und herzliche Gratulation.

### Stimmenanteil ausgebaut

Die Grünen konnten in allen Amtsbezirken ihren Stimmenanteil ausbauen. Besonders erfreulich ist der Stimmenzuwachs in Biel und im Amtsbezirk Bern. In Biel ist eine Steigerung um satte 5 % gelungen und im Amtsbezirk Bern etablieren sich die

Grünen mit einem Stimmenzuwachs von knapp 5 % als drittstärkste Kraft noch vor der FDP.

Leider ist der Erfolg der grünen Vertretung im Nationalrat getrübt durch das schlechte Abschneiden der SP und den Stimmenzuwachs und die Mandatsgewinne der SVP. Unser gutes Resultat konnte den Verlust der beiden Sitze der SP leider nicht wett machen, wodurch die rotgrüne-Vertretung des Kanton Bern im Nationalrat insgesamt geschwächt wird.

Einfach wird die Aufgabe für die Grünen im Bundeshaus nicht. Uns und der SP steht eine eindeutige bürgerliche Mehrheit unter Führung der SVP gegenüber. Klar ist, dass die inakzeptablen Vorfälle vom 6. Oktober deutliche Auswirkungen auf den Wahlausgang hatten. Die «Klimawahl» fand nur bedingt statt. Die SVP konnte weit besser mobilisieren als erwartet und geht gestärkt aus den Wahlen hervor. Leider sind das keine rosigen Zukunftsaussichten – weder für eine nachhaltige, noch für eine soziale Politik.

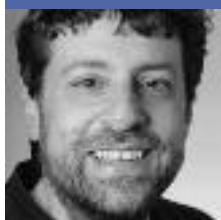
### Der Nachwuchs ist startklar

Auch den jungen grünen ist der Start geglückt. Sie haben auf der gemeinsamen Liste mit den Jungen Alternativen JA! auf Anhieb 1.5 % der Stimmen geholt und damit zum guten Ergebnis der Grünen Kanton Bern beigetragen. Wir gratulieren den jungen grünen und der JA! zu diesem erfreulichen Resultat!

Monika Hächler, Sabine Zaugg

Geschäftsführerinnen Grüne Kanton Bern

## Autoroutier Bienne



Le contournement autoroutier de Bienne ne doit pas tourner au cauchemar pour les habitants de la ville. Alors qu'il avait toujours été promis que

ce contournement se ferait par voie souterraine, les experts fédéraux invoquent aujourd'hui la sécurité des tunnels autoroutiers pour planifier une traverse ouverte de 600 mètres qui déchirerait le tissu urbain dans le quartier fortement habité du Mühlefeld. La sécurité routière est certes importante, mais elle ne saurait permettre de construire, au début du 21ème siècle, un ouvrage qui répéterait les erreurs de planification commises ailleurs il y a plus de 50 ans. D'autres solutions existent, comme de réduire le standard de l'A5 en l'aménageant uniquement à deux voies depuis Bienne-Brügg, puisque de toute manière cette autoroute se poursuivra à deux voies sur une vingtaine de kilomètres dès Bienne-Vigneules. La sécurité peut aussi être garantie par une réduction de la vitesse sur une partie du tronçon, ce qui ne changera en rien le temps d'un trajet Zürich / Genève. La qualité de notre habitat urbain est un bien public qui doit manifestement également être pris en compte par les planificateurs autoroutiers !

François Contini, Conseiller municipal à titre accessoire, Bienne

## Inhalt



Seite 2  
Neue Rolle für die Grünen



Seite 3  
Strassenbau-Boom verhindert



Seite 5  
Projekt durch Grüne optimiert



Seite 7  
Tagesschulen in Griffnähe

## Gemeinsam stark!



Ja, die Grünen im Kanton haben diese Wahlen gewonnen. Zum ersten Mal als vereinte Grüne Kanton Bern. Die Monate vor den Wahlen war wohl

eine der aktivsten Zeit unserer Partei im Kanton. Überall waren viele von uns auf den Strassen, im Gespräch mit der Bevölkerung. Gemeinsam konnten wir unseren hohen Wähleranteil der Regierungs- und Grossratswahlen auch in diesen Wahlen halten. In allen Wahlkreisen legten wir an Wähleranteil zu: ein Indiz, dass die Grünen in den Städten und auf dem Land präsent sind. Unsere Wahlziele haben wir erreicht: Franziska Täuscher wurde von fast 110'000 Personen im Kanton als Ständeratskandidatin unterstützt! Die neu drei Sitze im Nationalrat holten wir auf sicher, für den vierten reichte es noch nicht ganz: er wird unser Wahlziel in vier Jahren. Besten Dank für die engagierte Mitarbeit in diesen Wahlen – wir freuen uns auf die Fortsetzung!

Barbara Schwickert, Co-Präsidentin  
Grüne Kanton Bern

## Erfolg hat Auswirkungen

# Neue Rolle für die Grünen

Die Grünen haben das beste Ergebnis in der Geschichte aller grünen Parteien im Kanton Bern bei nationalen Wahlen erreicht. Damit hat die neue Organisation auch die zweite Bewährungsprobe bestanden. Die Anforderungen nehmen zu.

Im interkantonalen Vergleich verfügen die Grünen Kanton Bern 2007 nach Genf und Waadt prozentual über den drittgrössten Stimmenanteil der grünen Kantonssektionen und liegen in der Deutschschweiz an der Spitze. Mit 43 zu 21 Fraktionsmandaten hat sich das Grössenverhältnis der Nationalratsfraktionen der SP gegenüber den Grünen von vier zu eins auf zwei zu eins verringert. Die Grünen Kanton Bern spielen damit sowohl für die Entwicklung der Grünen Schweiz wie auch der nationalen Politik eine gewichtige Rolle. Im Bundeshaus wie im Grossen Rat wachsen wir zunehmend aus der Rolle des Juniorpartners der SP heraus und sind deshalb inhaltlich, organisatorisch und finanziell gefordert, eine Politik auf gleicher Augenhöhe mit drei der Bundesratsparteien zu gestalten. Die dafür notwendigen Voraussetzungen müssen gezielt verbessert werden.

### Föderation gestärkt

Die Nationalratswahlen 2003 hatten Belastungen hinterlassen. Das Ziel, für die Grüne Freie Liste (GFL) und für das Grüne Bündnis (gb), je eine Vertretung in den Nationalrat zu entsenden, wurde verfehlt. Bei der Bildung der Grünen Föderation wurden deshalb Korrekturen vereinbart. Mit Regierungsrat Bernhard Pulver und neu mit Nationalrat Alec von Graffenried repräsentieren nun auch zwei Mitglieder der GFL die Grünen

Kanton Bern an prominentester Stelle. Die beiden Spitzenkandidaturen Kathy Hänni und Christine Hälser haben den dritten Sitz mit hervorragenden Resultaten nur um Haaresbreite verfehlt. Das Konzept zur Sicherung eines ländlichen Sitzes hat sehr gut gegriffen, das Ziel wurde trotzdem knapp verpasst. Mit einem im Rückblick durchaus realistischen vierten Sitz hätte es erreicht werden können.

### Mobilisierung auf der Rechten

Die gewalttätigen Ausschreitungen vom 6. Oktober haben die SVP mobilisiert und gestärkt und dürften uns letztlich das vierte Mandat gekostet haben. Sie haben von den ökologischen und sozialen Problemen abgelenkt, rassistische Tendenzen in der Gesellschaft gefördert und zur Entpolitisierung beigetragen. Konkrete und fundierte politische Arbeit wurde entwertet, Symbolik und mediale Inszenierung gewannen an Gewicht. Das hat sich selbst auf persönliche Wahlergebnisse ausgewirkt. Die Grünen und die SP tun trotzdem gut daran, jetzt nicht Sündenböcke zu suchen, sondern in Zukunft die wichtigen Themen mit einer fundierten und differenzierten Politik selbst zu besetzen, statt sie teilweise marginalen Gruppierungen zu überlassen. Nur eine Politik die wirkt, bringt uns und unsere Anliegen auf Dauer weiter.

Urs Scheuss, Grüne Biel

## KantonalSpots

### ■ Neuer Präsident des Obergerichts

Der 53-jährige Christian Trenkel ist am 11. September vom bernischen Grossen Rat zum neuen Präsidenten des Obergerichts gewählt worden. Seine Wahl war völlig unbestritten: Er erhielt 140 von 140 möglichen Stimmen. Der Grosse Rat wählte zudem Cindy Maeder-Kämpf als Untersuchungsrichterin im Berner Jura. Sie setzte sich gegen drei Mitbewerber durch.

### ■ Energiegesetz

Die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates hat in der Septembersession mit 73 gegen 65 Stimmen die aufgegleiste Revision des Energiegesetzes sistiert und so das bedeutungsvolle Geschäft blockiert. Deshalb fordert die grüne Grossrätin Rita Haudenschild mit einer Motion, dass das Energiegesetz rasch wieder auf die Traktandenliste gesetzt wird. Die Motion wird in der Novembersession als dringlicher Vorstoss eingereicht. Damit ist sichergestellt, dass im Verlaufe des Jahres 2008 die Arbeiten am Energiegesetz wieder aufgenommen werden können.





## Verkehrspolitik

# Strassenbau-Boom verhindert

Überall im Kanton Bern spriessen Strassenbau-Gelüste. Wir Grünen wollen Verkehr sparen statt umfahren und setzen auf zukunftsgerichtete Lösungen.

Mit Strassenbauwunschlisten zu hausieren, deren Umsetzungen etliche 100 Millionen Franken verschlingen würden, widerspricht der heute geforderten Nachhaltigkeit. Wir müssen umdenken und mit endlichen Gütern wie dem Boden haushälterisch umgehen.

Wirtschaftlicher Ansatz heisst: Je mehr ein Produkt nachgefragt wird, desto teurer wird es. Oder: Je weniger ein Produkt gewünscht ist, desto günstiger wird es. Warum soll dieses Gesetz nicht auch bei den in der Schweiz beschränkt bestehenden Strassenräumen gelten? Wem staufrere Strassen Milliarden Franken Wert sind, muss bereit sein, für deren Benutzung zu zahlen. Das hätte den Nebeneffekt, dass der heutige 50%ige Anteil von Freizeitverkehr hinterfragt würde und dadurch mehr Strassenraum für die wichtigen Transportbedürfnisse zur Verfügung stehen würde.

## Ausbruch aus dem Teufelskreis

Bürgerliche Politik zielt in eine ganz andere Richtung: Sie fordert im Kanton Bern neue Strassen. Gerade die Wirtschaftsstrasse Oberaargau (Kosten ca. 170 Mio. Fr.) und der Autozubringer Emmental (Kosten inklusive Umfahrungen Burgdorf und Oberburg ca. 400 Mio. Fr.), die beide nach kantonaler Beurteilung nicht nachhaltig sind und ein ausgesprochen schlechtes Kosten/Nutzen-Verhältnis aufweisen, sollen auf Druck bürgerlicher Politiker gebaut werden. Beide würden durch bisher unberührte Landwirtschafts- und Erholungsräume führen. Auch ist der Teufelskreis «mehr Strasse, mehr Verkehr, mehr Strassen...» mit den Zielen des Klimaschutzes unvereinbar.

Ein weiteres Strassenbauprojekt, das nicht mehr zeitgemäss erscheint, soll in Biel mit dem offenen Bau eines Teilstückes der Autobahn N5 quer durch ein Quartier verwirklicht werden. Aus



finanziellen Gründen wurde plötzlich auf die geplante Untertunnelung verzichtet. Nun regt sich jedoch Widerstand sowohl von Seiten der Umweltverbände als auch von Städteplanern und von der Quartierbevölkerung.

Für uns Grüne ist die Umkehr des Klimawandels oberstes Ziel. Ein Beharren auf veralteten Systemen des letzten Jahrtausends ist inakzeptabel. Auf Strassenbauboom zu setzen, ist teure Verhinderungspolitik. Wir wollen neuzeitliche Lösungen, die sozial, ökologisch und ökonomisch austariert sind. Strassenbau war dies nie und wird es nie sein.

## Das Ausland macht es uns vor

Die von Bürgerlichen gepushten Strassenneubauten sind Entwicklungshemmer für viele Jahre, die wir nicht finanzieren wollen und können. Wir brauchen zukunftsfähige Lösungen. Wir Grünen haben uns von Anfang an in Zusammenarbeit mit den Umweltverbänden gegen die geplanten Autobahnzubringer-Projekte des Kantons Bern geäussert und alternative Lösungen vorgeschlagen – wir bleiben dabei.

*Johanna M. Wälti-Schlegel,  
Grossrätin Burgdorf*

## 27% d'économie, rêve ou réalité

Il y a quelques semaines, un groupe d'experts allemands a publié le résultat de son étude. Le verdict est clair, sans appel: «Il est possible dans notre monde occidental d'économiser 27% d'énergie, sans modifier radicalement notre mode de vie, sans bouleversement majeur. De plus, les mesures qui conduisent à ces économies sont hautement génératrices d'emploi, donc favorisent largement la croissance économique de ce secteur d'activité».

Nous voici au seuil de cette fameuse société à 4000 W, passage obligé

vers celle à 2000W, seule alternative viable pour une survie à long terme de notre planète. L'offre des transports publics s'étoffe, aux abords des villes, mais aussi dans les vallées les plus reculées. Des solutions originales pour un transport de proximité voient le jour aux quatre coins du pays. Les villes évoluent, redeviennent des lieux de vie conviviaux, agréables. La voiture perd petit à petit ses droits et reprend la place qui lui incombe, actrice parmi d'autres d'un concept globale d'une mobilité douce qui petit à petit entre

dans nos mœurs. Les gens isolent leurs maisons, et découvrent tout surpris qu'il n'est pas indispensable de se promener en T-shirt au plus fort de l'hiver. Les lobbys nucléaires et pétroliers perdent de leur pouvoir, on aura bientôt plus besoin d'eux, on s'organise autrement. C'est facile, il suffisait d'y penser et de se mettre au boulot.

Le réveil sonne, brutal, mon rêve se heurte aux affres d'une réalité nettement moins rose, ou plutôt nettement moins verte. Entre le moment où j'écris ces lignes et celui où vous

les lirez, le paysage politique suisse aura changé, sera devenu plus vert. Les partis bourgeois n'auront pas encore eu le temps d'enterrer toutes leurs promesses écologiques et nos élus reprendront leur combat pour gagner chaque jour un peu de terrain sur la voie du développement durable.

Et nous, oserons-nous rêver assez fort pour que cet objectif ne reste pas qu'une douce utopie et devienne rapidement une réalité?

*François Roquier, Tramelan*

## Grüne Biel-Seeland

# Grüne Vielfalt am Bielersee

**Die Wahlkreise Biel und Seeland wurden bei der letzten Wahlkreisreform zusammengelegt. Ein Zusammengehen der Grünen Biel und der Grünen Seeland steht noch aus.**

Die Grünen Biel und die Grünen Seeland sind auf den ersten Blick ein ungleiches Paar: Hier die bilingue Stadtpartei, entstanden aus dem Zusammenschluss des Grünen Bündnis und der Grünen Freien Liste, dort die Landpartei, welche Ortsgruppen in Lyss, Nidau, Radelfingen und Seedorf unter einem gemeinsamen Dach versammelt. Naturgemäss sind die politischen Schwerpunkte anders verteilt, was sich bei den letzten Grossratswahlen durchaus als Vorteil erwiesen hat. So legten die Grünen im Wahlkreis Biel-Seeland mit getrennten Listen im Vergleich zum Stimmenzuwachs der Grünen insgesamt überdurchschnittlich zu.

### Grüne Biel / Les Verts Bienne

Bereits kurz nach dem Zusammenschluss erzielten die Grünen in Biel einen Sieg bei den Stadtratswahlen 2004. Seither gelang es der Partei, erfolgreich eine neue Struktur aufzubauen, in der

Vorstand, Fraktion und Arbeitsgruppen eng miteinander vernetzt sind. Der Ansatz hat sich bewährt und soll nun für die Themenbereiche Bildung und Soziales weiterentwickelt werden.

Die Grünen haben es geschafft, die vom Gemeinderat vor sich hergeschobene Lokale Agenda 21 wieder in die politische Debatte zu bringen. Und das vom Stadtpräsidenten praktisch in Eigenregie angesetzte Grossprojekt Stades de Bienne (siehe S.5) konnte dank Intervention der Grünen wesentlich verbessert werden. Weitere Einmischungen folgen.

### Grüne Seeland

Die im Oktober 2001 gegründete GFL Seeland (heute Grüne Seeland) setzt sich regional für die Erhaltung der Lebensräume von Menschen, Tier und Pflanzen ein, für eine haushälterische Nutzung des Bodens und der Rohstoffe, die Förderung alternativer Technologien und für ein friedliches, gerechtes und chancengleiches Zusammenleben aller Menschen. Mit diesen Zielen sprechen die Grünen Seeland viele Menschen an, was die guten Wahlergebnisse jeweils beweisen. In kur-

zer Zeit haben die Grünen Seeland politisches Gewicht erlangt und werden entsprechend in politische Prozesse einbezogen.

Die Grünen Seeland belohnen auch gute Ideen, Projekte oder Aktivitäten von anderen: Jedes Jahr wird eine Firma, eine Gruppe oder eine Einzelpersonen mit dem Umweltpreis ausgezeichnet, eine inzwischen begehrte Anerkennung.

### Grüne Biel-Seeland?

Ob ein über die Grossratswahlen hinausführendes Zusammengehen der Grünen Biel und der Grünen Seeland anzustreben ist, muss diskutiert werden. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen zeigen aber, dass vermehrt auch regionale Lösungen für politische Probleme gesucht werden müssen. Die Frage der A5-Umfahrung zum Beispiel betrifft unmittelbar nicht nur Biel sondern auch Nidau und weitere Gemeinden der Agglomeration. Die künftige Zusammenarbeit der beiden Parteien könnte fallweise erfolgen. Wichtig wird auch der Einbezug der Grünen im Berner Jura sein.

*Urs Scheuss und Sandra Rubli*



## Facts and figures

### Grüne Seeland

47 Mitglieder, seit 2001  
Präsidentin: Sandra Rubli  
Vorstand: Florian Hitz, Dorothea Loosli, Barbara von Escher, Kathrin Marti, Jonas Keller, Christoph Waber, Irene Roth  
Kontakt: sandra.rubli@gruene-seeland.ch  
www.gruene-seeland.ch  
Grossrat-Vizepräsidentin: Dorothea Loosli

### Grüne Lyss

Kontakt: Irene Roth,  
irene.roth@gruene-seeland.ch

### Grüne Seedorf

Kontakt: Hans-Ruedi Schmutz,  
hr.schmutz.bio@bluewin.ch  
Gemeinderat: Christoph Waber

### Grüne Radelfingen

Kontakt: Dorothea Loosli,  
dorothea.loosli@gruene-seeland.ch

### Grüne Nidau

Kontakt: Florian Hitz,  
florian\_hitz@yahoo.com  
Stadträte: Florian Hitz,  
Matthias Kuhn

### Grüne Biel

50 Mitglieder, seit 2004  
(aus Fusion GB und GFL)  
www.gruene-biel.ch  
Co-Präsidium: Anna Maria Hofer  
und François Contini  
Kontakt: Christoph Grupp,  
info@ecomm.ch  
Parlament: Claire Magnin  
(Fraktionspräsidentin),  
Andreas Bösch, Liliane Lanève-Gujer,  
Daphné Rüfenacht, Barbara  
Schwickert, Fatima Simon,  
Ariane Tonon,  
Félicienne Viloz-Muamba  
Gemeinderat: François Contini  
(Nebenamt)



Daten: Amt für Geoinformation des Kantons Bern



## Einsprache Stades de Bienne auf dem Bözingenfeld West

# Projekt durch Grüne optimiert

Die Grünen Biel haben im Mai dieses Jahres gegen die Teilzonenplanänderung Bözingenfeld West (Stades de Bienne) Einsprache erhoben. In Planung ist ein Ersatz für das baufällige Eisstadion, das renovationsbedürftige Fussballstadion, eine Mantelnutzung und die Erschliessung von 30'000 m<sup>2</sup> Industrieland. Die Einspracheverhandlungen wurden zu einer Grünen Erfolgsgeschichte.

Den Grünen Biel ging es weder bei der Mitwirkung noch bei der Einsprache um eine Fundamentalopposition, sondern um dringend notwendige Projektverbesserungen. In konstruktiven Gesprächen mit der Baudirektion konnten wesentliche Optimierungen erzielt werden. Insbesondere folgende Verbesserungen konnten die Grünen Biel einbringen:

Qualität wie Quantität der Grünflächen erfuhren im Laufe des Planungsprozesses klare Verbesserungen. Mit den in Aussicht gestellten Ökorkorridoren nördlich und südlich des Autobahn-Grünstreifens und einer baldigen Realisierung des Parks profitieren sowohl die QuartierbewohnerInnen wie auch Fauna und Flora.

Die Behörden versichern, den Stadionkomplex nach Minergie-Richtlinien realisieren zu wollen. Mit dem innovativen Wärme- und Energieversorgungskonzept inklusive Photovoltaikanlage, einer optimalen Isolation und Wärmerückgewinnung sowie der Regenwasserverwendung stellen die Stadien auch für die Grünen Biel ein spannendes Projekt dar.

Biel strebt die Zertifizierung als Energiestadt an. Auf Anregung der Grünen wurde nun für die nördliche Planungszone (Industrie und Gewerbe) ein Paragraph ins Zonenplanreglement aufgenommen, wonach Bauten und Anlagen über einen rationellen, dem neuesten Stand der Technik entsprechenden Energiehaushalt verfügen müssen.

Die Verkehrssituation bleibt in den Augen der Grünen der heikelste Aspekt. Sie insistieren immer noch auf einer klaren Absichtserklärung der Bauverantwortlichen, die Überbauungen in Abhängigkeit der Eröffnung der A5 freizugeben. Die in Aussicht gestellte Tramlinie ist unverzüglich zu planen und sollte unbedingt realisiert werden, sofern die Rahmenbedingungen dies zulassen.

### Der Aufwand hat sich gelohnt

Oft heisst es, in der Politik könne man ja doch nicht viel bewirken. Im vorliegenden Fall hat der Geschäftsleiter der Grünen Biel viele Arbeitsstunden und Beratungen intern, im Vorstand und mit den grünen Mitgliedern in Exekutive und Legislative aufgewendet. Daraus resultierten nicht nur obige Verhandlungserfolge, sondern auch eine rege Beachtung und Berichterstattung durch die lokalen Medien und eine nicht zu unterschätzende Dossierkenntnis. Der Einsatz hat sich gelohnt!

Christoph Grupp, Geschäftsleiter Grüne Biel



## LokalSpots

### ■ Jugend und Gewalt

«Jugendgewalt» – eine Generation unter Verdacht? Unter diesem Titel organisierte das Grüne Bündnis Stadt Bern (GB) am 12. September eine gut besuchte Veranstaltung. Als Reaktion auf zahlreiche Medienberichte und auf repressive Patentrezepte von rechts und links hat die Arbeitsgruppe Migration und Internationales des GB ein Positionspapier erarbeitet. Es ist über die Oktoberwahlen hinaus Grundlage für die politische Arbeit. Gegen populistische Behauptungen wie «Jugendgewalt = Ausländerkriminalität» und Forderungen nach mehr Repression braucht es sachliche Analysen und Forderungen: Chancengleichheit in der Ausbildung, Ausbau der Schulsozial- und Jugendarbeit, mehr Mittel in Gewalt-Präventionsprojekte, genügend Lehrstellen und Freizeitangebote für Jugendliche etc. Das Positionspapier ist abrufbar auf [www.gbbern.ch](http://www.gbbern.ch)

### ■ Holz- und Energiewerk

Schon in zwei Jahren sollen im H+E Niederbipp jährlich 600'000 bis 1 Mio. m<sup>3</sup> Rundholz verarbeitet werden. Mit dem Restholz soll ein 40 MW Kraftwerk betrieben werden, dessen Abwärme im Werk selber und in den

umliegenden Betrieben genutzt werden kann. Das entspricht den Zielen der Grünen für eine nachhaltige Energiepolitik, wie wir sie in der Holzkraftwerkmotion gefordert haben.

Die Gemeinde Niederbipp äusserte Bedenken wegen des erwarteten Verkehrs und der Infrastrukturkosten. Die Planer des H+E Niederbipp haben nun in Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat neue, detaillierte Abklärungen zur Umweltverträglichkeit vorgelegt. Alle geltenden Umweltschutzbestimmungen können eingehalten werden, die Infrastruktur wird selber erstellt. Zudem werden grosse Mengen an CO<sub>2</sub> substituiert: Durch den Ersatz von Öl- und Gasheizungen in der Umgebung und dadurch, dass jährlich nicht mehr über eine Mio. m<sup>3</sup> Schweizer Holz zur Verarbeitung exportiert und wieder importiert werden.

### ■ 30'000 Sonnenblumen

Von Moutier bis Interlaken, von Biel bis Langenthal: Im ganzen Kanton Bern haben Grüne 30'000 Sonnenblumen verteilt. Herzlichen Dank an alle, die sich mit viel Energie und Engagement am Wahlkampf beteiligt haben.



## Arbeitspapier zur Integrationspolitik

# Integration und Mitwirkung



Die aktuelle Debatte zeigt, dass der Begriff «Integration» unscharf gebraucht wird und wie unterschiedlich die damit begründeten Massnahmen in der Folge ausfallen. Das GB verfasste 2006 ein Papier zu einer auf Grundrechten basierenden Integrationspolitik ([www.gbbern.ch/positionen](http://www.gbbern.ch/positionen)). Der Schwerpunkt liegt dabei auf den

Partizipationsbedingungen, die allen hier lebenden Menschen die gleichberechtigte Teilnahme an der Ausgestaltung der Gesellschaft ermöglichen sollen. Aus dieser Perspektive lassen sich Diskriminierungsmechanismen erkennen, die den Alltag der MigrantInnen beeinträchtigen. Unser Ansatz bietet Handlungsoptionen, die vom realen Gestaltungsspielraum politischer und sozialer Akteure ausgehen. Damit gelingt es, sich von irreführenden Debatten über «kulturbedingte Defizite» zu distanzieren. Im Bildungsbereich ist bspw. längst erwiesen, dass Selektionsergebnisse mehr aussagen über die Organisation der Schule als über die Leistungen der Kinder. Chancengleichheit erreichen wir nicht, indem wir kulturelle Defizite bei (Migranten-)Kindern festmachen, sondern über Reformen des Schulsystems.

## Wann ist Integration erfolgreich?

In der Integrationseuphorie werden wohlgemeinte Leitbilder geschrieben und Projekte zur Kulturvermittlung lanciert. Die Integrationsgesetze nehmen den Staat in die Pflicht, sich um Kultur-

differenz zu kümmern. Integrationsvereinbarungen sollen den Integrationserfolg sozialtechnisch garantieren. Aber wann ist Integration erfolgreich? Wer setzt den Massstab, wer trägt die Verantwortung? Wenn die individuelle Anpassungsleistung im Zentrum der Integrationspolitik steht, laufen wir die Gefahr, dass auch die Folgen struktureller Diskriminierung als selbst verschuldete Verfehlungen bezeichnet werden, die mittels «Integrationsvereinbarung» zu bestrafen sind. Der Begriff der Integration ist ausgehöhlt, wenn er im Widerspruch zu einer Grundrechts- und Gleichstellungspolitik steht, die sich für die Partizipation aller MitbewohnerInnen an ihrem Aufenthaltsort einsetzt. Integration ist ein Prozess der Gesellschaftsbildung, an dem alle Individuen, so unterschiedlich ihre Voraussetzungen sind, verantwortungsvoll teilnehmen sollen. Und es ist die Aufgabe des Staates, diesen Prozess zu ermöglichen.

*Annemarie Sançar und Emine Sariaslan,  
AG Internationales und Migration GB*

## Klimaschutz

# Nötig und möglich



## Ja zum Budget 2008



Ich schaue mit Genugtuung auf die teils hitzig geführte Budget-Debatte zurück, waren doch unsere beiden wichtigsten Anträge erfolgreich:

1. Da die Mittelfristplanung hohe Defizite für die Jahre 2009 - 2011 ausweist, beantragten wir, dass der Gemeinderat bis im Winter diese Mittelfristplanung überarbeiten müsse. Er soll aufzuzeigen, wie die Defizite abgebaut werden. Dieser Antrag fand im Stadtrat eine klare Mehrheit.
2. Zudem setzten wir uns ein, dass das Budget 2008 ausgeglichen bleibt. Die meisten Zusatzanträge zum Budget unterstützten wir deshalb nicht. Dem Budget 2008 kann ich nun mit gutem Gewissen zustimmen. Die im Vorfeld mehrfach geltend gemachten Behauptungen, die Sparvorschläge des Gemeinderates hätten grosse negative Folgen, treffen so nicht zu. Vorab bei den Leistungen an Dritte (Ludotheken etc.) werden die Beiträge nicht unverhältnismässig gekürzt. Dass die Kindertagesstätten jedoch neu an zwei Wochen pro Jahr geschlossen sind, ist unter Berücksichtigung der finanziellen Situation der Stadt Bern vertretbar.

*Ueli Stückelberger, Stadtrat GFL*

**Die GFL Stadt Bern fordert an einer Pressekonferenz ein Jahr vor den Stadtratswahlen den Gemeinderat der Stadt auf, die Legislatur 2009-2012 ganz auf den Klimaschutz auszurichten.**

Der Friedensnobelpreis für den UNO-Weltklimarat und Al Gore nützt rein gar nichts, wenn deren Erkenntnisse nicht umgesetzt werden. Das darf nicht geschehen, unser Planet erträgt dies nicht. Wir wissen alle, was zu tun ist: den CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduzieren und zwar im eigenen Land. Das heisst: auf fossile Energien verzichten, entschiedenen Schrittes auf die 2000-Watt-Gesellschaft zugehen, auf erneuerbare Energien setzen, Energie sparen und diese effizienter nutzen. Damit dies geschieht, braucht es die Bündelung aller Kräfte auf dieses Ziel hin – einen Kraftakt also.

Mit einer Motion verlangt die GFL Stadt Bern vom Gemeinderat, für 2009-2012 Legislaturrichtlinien vorzulegen, die den Klimaschutz ins Zentrum stellen. Unter dem Stichwort «Klima Bern 2020» soll in der nächsten Legislatur eingefädelt werden, was die Stadt Bern in Sachen Klimaschutz bis 2020 erreichen will.

## Bestehende Basis für Massnahmen

Bei Null muss nicht begonnen werden: Die Energiestrategie für die Jahre 2006-2015 ist eine vorzügliche Basis. Wir stellen es uns so vor: Die Stadt geht im Klimaschutz mit gutem Beispiel voran. Überzeugt von kompetenter Information und interessanten Anreizsystemen tun es ihr

Private und Firmen gleich. Das könnte heissen (die Aufzählung ist nicht abschliessend):

Die Stadt verfügt bis 2020 über autofreie Siedlungen und das eine oder andere Ökoquartier. Alle stadteigenen Gebäude werden wärmetechnisch saniert, wo möglich sind Sonnenkollektoren montiert. Die Stadtverwaltung bezieht Ökostrom, beleuchtet ihr ganzes Strassennetz und alle Büros mit Energiesparlampen, ihr gesamter Fahrzeug- und Gerätepark besteht aus verbrauchsarmen Gefährten. Die Stadt gehört den FussgängerInnen und VelofahrerInnen, der öffentliche Verkehr ist bestens ausgebaut. «Stand-by-Modus» wird in Bern zum Fremdwort, was Energieklasse A++ bedeutet, weiss jedes Kind...

So stellen wir uns Bern 2020 vor: lustvoll vorbildlich in Sachen Klimaschutz. Wir sind für den Kraftakt, den es dafür braucht, bereit!

*Gabriela Bader, Stadträtin GFL*





## Teilrevision Volksschulgesetz

# Tagesschulen in Griffnähe

Der Grosse Rat berät in der Novembersession die Teilrevision des Volksschulgesetzes. Diese sieht vor, dass im ganzen Kanton Blockzeiten und Tagesschulen eingeführt und Privatschulen nach einheitlichen Kriterien subventioniert werden.

Die Gesetzesrevision sieht vor, dass Gemeinden, in denen eine genügende Nachfrage besteht, eine Tagesschule einführen müssen. Es reicht, wenn zehn Kinder Interesse zeigen. Dazu muss jede Gemeinde jährlich eine Umfrage durchführen.

### Tagesschule als freiwilliges Angebot

Die Tagesschule ist Teil der Volksschule, aber freiwillig. Wenn Kinder die Tagesschulen besuchen wollen, melden die Eltern die Tage und Zeiten an, für die sie eine Betreuung möchten. Die Qualität der Betreuung soll mit Minimalstandards über die erforderliche Ausbildung der BetreuerInnen garantiert werden. Entgegen dem Regierungsrat hat sich die vorberatende Kommission des Grossen Rates erfreulicherweise gegen ein Kostendach ausgesprochen. Die Kommission ist der Auffassung, dass eine solche Notbremse nicht sinnvoll ist. Gemäss mehreren Studien bringt jeder in den Ausbau von Tagesschulen investierte Franken dem Kanton mindestens drei Franken Mehreinnahmen.

### Steinerschulen erhalten Kantongeld

Bisher profitierten traditionsgemäss nur drei private Schulen von Subventionen. Das Gesetz knüpft neu einheitliche und transparente Kriterien an Kantongelder: Eine Schule muss durch die Dauer ihrer Existenz und durch die Anzahl SchülerInnen belegen, dass eine Nachfrage besteht. Zudem darf sie keine Kinder ausgrenzen (z.B. aus religiösen Gründen), nicht gewinnorientiert sein und muss Qualitätsvorgaben einhalten. Dies alles trifft konkret auf die Steinerschulen zu, die in Zukunft 2000 Franken pro Jahr und Kind vom Kanton erhalten und dadurch ihre Existenz besser sichern können.

*Elisabeth Bregulla, Grossrätin*



## Aktiv

### Kommissionsarbeit für gute Bildung

Das Engagement der Grünen für Blockzeiten und Tagesschulen hat sich gelohnt. Mit der breit abgestützten Initiative für familienfreundliche Tagesschulen im Kanton Bern hat Erziehungsdirektor Bernhard Pulver den Steilpass sehr gut verwertet. In Rekordzeit legte er eine Gesetzesvorlage vor, die eine seriöse bildungspolitische Arbeit in der Kommission ermöglichte. So wurde der Antrag von Grünen und SP angenommen, wonach das vom Regierungsrat vorgesehene Kostendach gestrichen wurde. Die kantonale Mitfinanzierung wird damit nicht limitiert.

### Ausnahmen zulassen

Zwei Anträge der Grünen fanden noch keine Mehrheit. Ein Knackpunkt ist die Frage, wann die Gemeinden eine Tagesschule einführen müssen. Eine Nachfrage von zehn Kindern stellt für kleinere Gemeinden eine hohe Hürde dar. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft den Kantonsbeitrag an die Kosten pro Kind und Betreuungsstunde. Für Tagesschulen mit

hohen integrativen und sozialen Anforderungen sollten von der Norm abweichende Ansätze möglich sein. Nur so können wir die nötige Qualität der Betreuung sichern. In der Kommission wurde einmal mehr klar, dass Kinder kostengünstig sein sollen. Diese Rechnung wird aber nicht aufgehen, denn sie steht im Widerspruch zur Tatsache, dass Bildung eine Investition in die Zukunft ist.

### Schulabschluss neu geregelt

Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass die Kommission beim vieldiskutierten Schulabschluss eine Korrektur vornahm. Neu sind nicht mehr die Eltern alleine, sondern Fachstellen in Zusammenarbeit mit Eltern und Schule für eine angemessene Betreuung und Wiedereingliederung von ausgeschlossenen Schülerinnen und Schüler verantwortlich. Dies hatten die Grünen bereits vor fünf Jahren gefordert. Nun bleibt zu hoffen, dass nach der Kommission auch der Grosse Rat die nötige bildungspolitische Weitsicht zeigt und ein fortschrittliches Gesetz verabschiedet.

*Corinne Schärer, Grossrätin*

## Termine

- 25.11.07: 10.30 Uhr Heinz Däpp liest im Punto, Tramdepot Burgernziel in Bern
- 09.12.07: Abstimmung in Biel (Parolen siehe S. 8)
- 10.12.07: Parteiversammlung GFL Burgdorf, 20 Uhr im Sitzungszimmer der Velostation Burgdorf
- Bis 6.7.08: «Bilder, die Lügen» im Museum für Kommunikation, Helvetiastrasse 16, Bern: Die Ausstellung fragt nach der Objektivität von Bildern und zeigt die Problematik der Manipulation von und mit Bildern. Öffnungszeiten: Di-So 10-17 Uhr
- Bis 10.11.07: «Stille Heldinnen – Afrikas Grossmütter im Kampf gegen HIV/Aids» im Kornhausforum, Bern: Die Fotoausstellung zeigt grossformatige Porträtfotos aus Tansania und Südafrika. Sie geben den unzähligen Grossmüttern Afrikas ein Gesicht, die ihre erkrankten Kinder und Enkelkinder pflegen. Di-Fr 10-19 Uhr, Do 10-20 Uhr, Sa 10-16 Uhr



### Impressum

Redaktion: Sabine Zaugg, Monika Hächler

Grafik: [www.muellerluetolf.ch](http://www.muellerluetolf.ch), [www.transform.ch](http://www.transform.ch)

Layout: TransForm

Fotos: Seite 1, 3, 7 Ueli Johner und Fred Bodmer,

S. 5 Christoph Fankhauser, S. 8 Werner Eichenberger

Druck: Schlaefli & Maurer AG, Interlaken

Auflage: 6000

## Ausgang der Wahlen aus nationaler Sicht

## Freude herrscht – nur bedingt

Ob der eigenen Erfolge soll und darf man sich immer freuen. Das taten wir Grünen ausgiebig in der Wahlnacht.



Nun aber scheint wieder das Tageslicht auf die realpolitischen Verhältnisse. Und da wird die Freude eingetrübt. Der bisher wichtigste Partner für unsere ökologischen, sozialen und gleichstellungspolitischen Anliegen, die SP, ist praktisch im Umfang unseres Erfolges eingebrochen. Die Grünliberalen sind in Zürich derart erstarrt, dass die Grüne Partei vor einer weiteren schwierigen parteipolitischen Herausforderung steht.

Die SVP dominiert noch deutlicher das bürgerliche Lager; dieses ist insgesamt erstarrt. Die rechts- und linksausser Ränder sind praktisch verschwunden.

Das bereits 2003 nach rechts verschobene Gravitationszentrum in der Regierung wird dort verharren, selbst bei allfälligen Personal-Rochaden. Damit ist der mindestens 15 Millionen schwere Wahlkampf der SVP mehr als aufgegangen; leider mit der gütigen Mithilfe von Teilen der Linken und Linksaussen und der Medien.

In unseren politischen Kerngeschäften – Ökologie, soziale und Gleichstellungs-Anliegen – werden wir in den kommenden vier Jahren keine Geschenke erhalten. Kompromisse zu finden wird noch schwieriger werden. Auch wir Grünen sind deshalb – wie die SP – gefordert, nicht nur auf die Wahlen, sondern nun auf die politischen Inhalte zu schauen. Zu vermuten ist, dass wir deshalb vermehrt gefordert sein werden, unsere Referendums- und Initiativfähigkeit sowie das Führen von erfolgreichen Abstimmungskampagnen auszubauen. Den grünen Wahlerfolg und den damit verbundenen Erwartungsdruck müssen wir deshalb in einen erfolgreichen Parteaufbau münzen können, damit sich unsere neuen Wähler/innen nicht schon bald wieder anderen Kräften zuwenden.

Mit der Freude und dem Elan der Erfolgreichen lässt sich diese Herausforderung allerdings bestimmt bewältigen.

*Therese Frösch, Nationalrätin*

## Wahlkampfzeit



Früher waren es «Tschinggen», heute «kriminelle Ausländer», die als Symbol für das Böse hinhalten müssen. Neid und Missgunst werden geschürt und simple

Schwarz-Weiss-Muster dienen als Erklärung für komplexe Sachverhalte. Unsere direkte Demokratie steht für Problemlösung durch Verhandeln und Konsens. Vor dem Hintergrund, dass im Zweifelsfall das Volk das letzte Wort hat, werden alle Gruppierungen und Verbände frühzeitig konsultiert und eingebunden. Dieser Politikstil hat unsere Gesellschaft geprägt und zeugt von einem vitalen Integrationswillen kultureller Minderheiten.

Gegenwärtig wird unser Politikprinzip arg strapaziert. Komplexe Sachverhalte werden simplifiziert, Hass und Missgunst gefördert, Schwarz oder Weiss wird als Lösung geboten. Einzelne Exponenten erheben den Anspruch auf Ausschliesslichkeit, alles wird zum Kampf zwischen Gut und Böse. In diesem Umfeld heben sich die Grünen wohltuend ab, sie wissen: Es gibt zwischen «dunkler als Weiss» und «heller als Schwarz» unzählige Farbnuancen!

*Dorothea Loosli-Amstutz,  
Grossrätin*

## Abstimmungsparolen

## ■ Stadt Bern – Abstimmungen 11.11.07

1. Produktgruppen-Budget 2008
  2. Zonenplan Weyermannshaus-Ost
  3. Leistungsvertrag mit der Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit (VBG) 2008- 2009
  4. Police Bern: Kredit für den Einkauf von Leistungen der Polizei beim Kanton Bern
- Parolen GB: Ja zu allen vier Vorlagen. Parolen der GFL wurden nach Redaktionsschluss gefasst und sind auf [www.gfl-bern.ch](http://www.gfl-bern.ch) einsehbar.

## ■ Burgdorf – Ersatzwahl Gemeinderat 25.11.07

Die GFL Burgdorf verzichtet auf eine Kandidatur.

## ■ Stadt Biel – Abstimmung 09.12.07

Voranschlag 2008, PPP (Private Public Partnership), «Stades de Bienne», Teiländerung der baurechtlichen Grundlagen der Stadt Biel im Bereich «Klinik Linde». Die Parolen folgen, sobald feststeht, welches PPP-Projekt definitiv zur Abstimmung kommt.

## ■ Thun – 09.12.07

Die GFL Thun unterstützt die Initiative Fussgängerfreundliche Innenstadt: Diese fordert eine zusammenhängende Fussgängerzone in der Innenstadt. Die öffentlichen Parkplätze sind aufzuheben, der Veloverkehr soll weiterhin erlaubt sein. Die Parolen zum Referendum ZPP (Zone mit Planungspflicht) Thun Süd werden an der MV vom 5. November gefasst.

bewegt

AZB, 3000 Bern 1

Grüne Kanton Bern  
Waisenhausplatz 21  
3011 Bern  
Adressänderungen  
bitte nicht melden

Schickt mir Unterschriftenbogen zur Klimainitiative  
 Ich möchte mich in einer Arbeitsgruppe engagieren

Sendet mir Infomaterial  
 Ich möchte Mitglied werden

Unterschrift

E-mail

